



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Berlin, 24. Februar 2010
Redaktion: Johannes Nehlsen

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 585

Mitglied im Finanzausschuss

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

Tillmann: Entscheidung der Bundesregierung zum Zusätzlichkeitskriterium ist verantwortungsvoll!

Angesichts der heutigen Entscheidung der Bundesregierung, auf dem Kriterium der Zusätzlichkeit im Rahmen des Konjunkturpakets II zu beharren, erklärt die Thüringer CDU-Finanzexpertin Antje Tillmann:

Die neue Initiative der Länder im Bundesrat, Investitionen in den Kommunen auch dann aus dem Konjunkturprogramm zu fördern, wenn sie nicht **zusätzlich** sind, hat die Bundesregierung in ihrer heutigen Kabinettsitzung zu Recht zurückgewiesen. Der Vorschlag konterkariert die Intention des Gesetzes. Nur zusätzliche Investitionen erfüllen den Sinn und Zweck des Konjunkturprogramms, neue Aufträge zu generieren und dadurch die krisenbedingte Nachfrage-lücke zumindest teilweise zu schließen.

"Die Streichung des Zusätzlichkeitskriteriums würde zu einer Ungleichbehandlung führen. Kommunen, die ihre Maßnahmen bereits durchfinanziert haben, wären gegenüber Kommunen, die sich mehr Zeit gelassen haben, benachteiligt", so Tillmann.

Nach Auskunft des Städtebundes und der Stadt Erfurt sind die allermeisten Maßnahmen in Thüringen und insbesondere in Erfurt und Weimar bereits vollständig untersetzt, so dass keine Vorteile durch die Streichung der Zusätzlichkeit gegeben wären. Profitieren würden lediglich "langsame" Kommunen, die nun mit Bundesmitteln bereits vor dem Konjunkturpaket geplante Maßnahmen nachfinanzieren könnten. Der gewünschte konjunkturelle Impuls bliebe also aus. "Das kann nicht im Interesse der Länder und Kommunen liegen", so Tillmann, die vielmehr dafür plädiert, bei der späteren Überprüfung der Zusätzlichkeit im Zweifel für die Kommunen zu entscheiden.

Auch der Bundesrechnungshof und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hatten zuvor vor einer Aufweichung der Zusätzlichkeit gewarnt.